

Kein systematischer Zusammenhang

Politische Zusammensetzungen der Landesregierungen und die Finanzausstattung der Hochschulen

Justus Henke
Peer Pasternack
Halle-Wittenberg

Die Grundfinanzierung der deutschen Hochschulen, gemessen an den laufenden Grundmitteln, ist im Jahrzehnt 2004–2013 im Länderdurchschnitt um 29 Prozent gestiegen. Sie hat sich in diesem Zeitraum – entgegen einer landläufigen Wahrnehmung – in 15 Ländern nominal, in 14 Ländern auch real (d.h.

unter Berücksichtigung paralleler Kostensteigerungen) verbessert.¹ Allerdings verteilt sich diese Entwicklung sehr ungleich über die Bundesländer. Nahmen die Grundmittel im hier betrachteten Jahrzehnt in Sachsen nominal um 5,6 Prozent zu und waren sie in Berlin im Minusbereich, so ist für Hamburg ein Aufwuchs von 85 Prozent zu notieren.

Da Haushaltsentscheidungen Parlamentsbeschlüsse, also politische Entscheidungen sind, liegt eine Vermutung nahe: Es hängt wesentlich von den jeweiligen politischen Mehrheiten ab, welche Bedeutung der Hochschulfinanzierung zugewiesen wird. Dies soll im folgenden geprüft werden: Ist es relevant für die Hochschulfinanzierung, wer ein Bundesland regiert?²

Um gegebenenfalls rasch wechselnde Regierungskonstellationen einzufangen, wird die Betrachtung für ein Jahrzehnt vorgenommen und werden

¹ Die Daten und ihre jeweiligen Quellen sind detailliert dargestellt in Baumgarth/Henke/Pasternack (2016).

² Die folgende Darstellung ist die ausführliche Fassung eines Kurzartikels, der 2017 veröffentlicht wurde (Henke/Pasternack 2017). Im folgenden wird die Argumentation mit weiteren Berechnungen geprüft, für die in der Kurzfassung kein Platz war.

vereinfachte Ländergruppen entsprechend der politischen Konstellationen gebildet, die innerhalb dieses Jahrzehnts jeweils dominierten. Die unabhängigen, also erklärenden Variablen sind in dieser Betrachtung die parteipolitischen Zusammensetzungen der Landesregierungen, die abhängigen, also erklärungsbedürftigen Variablen sind verschiedene Hochschulfinanzierungstatbestände.

1. Ländergruppen nach Regierungszusammensetzungen

Um die Ländergruppen zu bilden, wird grundsätzlich unterschieden zwischen unionsdominierten und SPD-dominierten Landesregierungen. Mit diesen beiden Hauptländergruppen soll die Frage beantwortet werden, ob es einen Unterschied für die Hochschulfinanzierung macht, wer regiert. Nicht genauer betrachtet werden hier die Beteiligungen weiterer Parteien an den Landesregierungen, da deren jeweilige Fallzahlen zu gering sind, um daraus Schlüsse ziehen zu können.³

Es werden jeweils zeitliche Schwellenwerte für die Mindestbeteiligung einer Partei an einer Landesregierung genutzt. Demnach müssen Union oder SPD in mindestens zwei Drittel des betrachteten Jahrzehnts alleinige oder stärkste Regierungspartei gewesen sein, um hier das betreffende Land der Ländergruppe „unionsdominiert“ oder „SPD-dominiert“ zuordnen zu können. Bei großen Koalitionen – CDU und SPD bildeten in mindestens der Hälfte des betrachteten Jahrzehnts in vier Ländern gemeinsam die Regierung – ist der größere Regierungspartner ausschlaggebend für die Zuordnung zu einer Ländergruppe. Nordrhein-Westfalen wird den SPD-dominierten Ländern zugeordnet.⁴ Es ergeben sich so für 2004–2013 zehn unionsdominierte und sechs SPD-dominierte Länder. (Übersicht 1)

³ Mindestens die Hälfte des betrachteten Jahrzehnts waren die FDP an vier Landesregierungen, die Grünen an zwei und die Linke an einer Regierung beteiligt.

⁴ Das herangezogene Jahrzehnt begann und endete dort mit SPD-dominierten Regierungen (insgesamt fünf Jahre). Die zwischenzeitliche CDU-dominierte Regierung (gleichfalls fünf Jahre) war insofern eingerahmt und in Hochschulfinanzierungsbelangen durch Pfadabhängigkeiten eingeschränkt. Daher kann diese Legislatur als (seinerzeitige) Musterabweichung betrachtet werden.

Übersicht 1: Ländergruppenbildung entsprechend der Zusammensetzungen der Landesregierungen 2004–2013

Kategorie (Def.)	Land	Landesregierungen	Summe
Unionsdominiert (CDU oder CSU waren in mindestens zwei Drittel des Jahrzehnts alleinige oder stärkste Regierungspartei)	Baden-Württ.	2004–2012 CDU/FDP; 2012–2013 Grüne/SPD	10
	Bayern	2004–2008 CSU; 2008–2013 CSU/FDP	
	Hamburg	2004–2008 CDU; 2008–2010 CDU/Grüne; 2010–2011 CDU; 2011–2013 SPD	
	Hessen	2004–2009 CDU; 2009–2013 CDU/FDP	
	Niedersachs.	2004–2013 CDU/FDP	
	Saarland	2004–2009 CDU; 2009–2012 CDU/FDP/ Grüne; 2012–2013 CDU/SPD	
	Sachsen	2004–2009 CDU/SPD; 2009–2013 CDU/ FDP	
	Sachsen-Anh.	2004–2006 CDU/FDP; 2006–2013 CDU/ SPD	
	Schleswig-Holstein	2004–2005 SPD/Grüne; 2005–2009 CDU/ SPD; 2009–2012 CDU/FDP; 2012–2013 SPD/Grüne/SSW	
Thüringen	2004–2009 CDU; 2009–2013 CDU/SPD		
SPD-dominiert (Die SPD war in mindestens zwei Drittel des Jahrzehnts alleinige oder stärkste Regierungspartei [Sonderfall: NRW])	Berlin	2004–2011 SPD/Linke; 2011–2013 SPD/ CDU	6
	Brandenburg	2004–2009 SPD/CDU; 2009–2013 SPD/ Linke	
	Bremen	2004–2007 SPD/CDU; 2007–2013 SPD/Grüne	
	Meckl.-Vorp.	2004–2006 SPD/PDS; 2006–2013 SPD/CDU	
	Nordrhein-Westfalen	2004–2005 SPD/Grüne; 2005–2010 CDU/FDP; 2010–2013 SPD/Grüne	
	Rheinland-Pfalz	2004–2006 SPD/FDP; 2006–2011 SPD; 2011–2013 SPD/Grüne	

2. Dynamik der Hochschulfinanzierung in den Ländern

Zunächst kann elementar geprüft werden, wie sich die laufenden Grundmittel für die Hochschulen in den Landeshaushalten entwickelt haben. Dazu stellen wir die Daten der Jahre 2004 und 2013 gegenüber und ordnen die 16 Länder in Quintile ein, welche die länderdurchschnittliche Abweichung des 2013-Wertes gegenüber 2004 zugrundelegen. Jedes Land lässt sich so einer von fünf Ranggruppen zuordnen: stark überdurchschnittliche, überdurchschnittliche, durchschnittliche, unterdurchschnittliche und stark unterdurchschnittliche Entwicklung der laufenden Grundmittel. Im Anschluss werden die Länder gemäß der gebildeten Ländergruppen (unionsdominiert und SPD-dominiert) gezählt. (Übersichten 2 und 3)

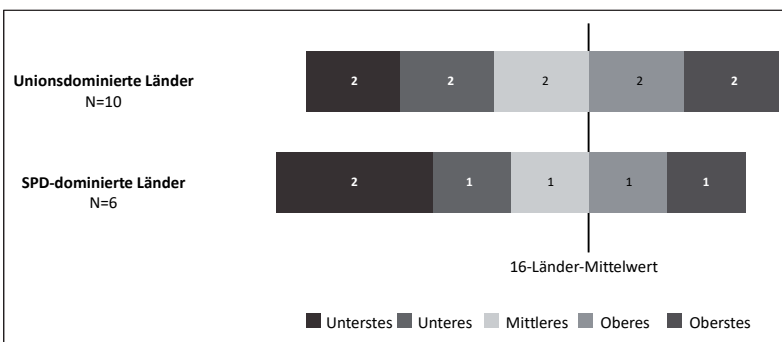
Übersicht 2: Entwicklung der laufenden Grundmittel der Hochschulen 2004–2013

Ländergruppe	Quintil	Anzahl der Länder	Mittleres Wachstum der lfd. Grundmittel
unionsdominierte Länder = 10	oberstes	2	67,7
	oberes	2	44,5
	mittleres	2	24,8
	unteres	2	22,4
	unterstes	2	11,7
SPD-dominierte Länder = 6	oberstes	1	51,1
	oberes	1	40,8
	mittleres	1	23,9
	unteres	1	19,6
	unterstes	2	5,0
16-Länder-Mittelwert			29,2

Es ergibt sich:

- Vier der zehn unionsdominierten Länder, d.h. 40 Prozent dieser Gruppe, haben ihre Hochschulgrundmittel gegenüber dem Mittelwert aller 16 Länder (29 %) stark überdurchschnittlich bzw. überdurchschnittlich gesteigert.
- Bei den SPD-dominierten Ländern sind dies zwei von sechs, also 33 Prozent dieser Gruppe.

Übersicht 3: Entwicklung der Hochschulfinanzierung 2004–2013: Aufteilung der Länder nach Parteidominanz auf Quintile*



* Die Quintile teilen die beiden Ländergruppen anhand von Schwellenwerten. Das mittlere Quintil enthält die Anzahl der Länder, deren Werte in der Mitte liegen. Aufgrund der starken Streuung innerhalb aller Länder liegt der Gesamtmittelwert oberhalb der mittleren Quintile beider Ländergruppen.

Allerdings sind beide Ländergruppen auch gut in den jeweils entgegengesetzten Quintilen vertreten. Tendenziell aber könnte man an diesem Punkt

der Betrachtung durchaus sagen: Es scheint für Hochschulen geringfügig besser zu sein, in einem unionsdominierten Land zu liegen.

Eine andere Beobachtung scheint dies zu bestätigen: Die laufenden Grundmittel enthalten die vom Bund zugeschossenen Mittel für den „Hochschulpakt 2020“, die als Durchlaufmittel über die Landeshaushalte an die Hochschulen fließen. Sie erscheinen daher optisch als Landesmittel, sind es aber nicht. Im Durchschnitt der Länder wurden die realisierten Grundmittelaufwüchse im betrachteten Jahrzehnt zu rund der Hälfte durch diese Hochschulpaktmittel des Bundes gedeckt. Allerdings gibt es auch dabei beträchtliche Unterschiede. Vor allem Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz haben ihre laufenden Grundmittel überwiegend aus eigenen Mitteln gesteigert: Der Anteil der Bundeszuschüsse des Hochschulpakts an den Aufwüchsen lag dort jeweils bei etwa 25 Prozent, d.h. rund 75 Prozent wurden aus eigener Kraft erbracht. In der Ländergruppenbetrachtung: drei unionsdominierte Länder und ein SPD-dominiertes.

Doch sagt die schlichte Steigerung der Grundmittel nur wenig darüber aus, inwieweit gleichzeitig gestiegene Anforderungen an die Hochschulen ausfinanziert wurden. Die bedeutsamste Anforderungssteigerung ergab sich daraus, dass im betrachteten Jahrzehnt die Zahl der Studierenden stark angewachsen ist – bundesweit um 28 Prozent. Bei 29 Prozent länderdurchschnittlichem Grundmittelaufwuchs sind damit die nominalen Grundmittel pro Student geringfügig um ein Prozent gestiegen.

Werden die Länder im einzelnen betrachtet, so überstieg das Wachstum der Studierenden in fünf Ländern das der Grundmittel: In Baden-Württemberg, Berlin, NRW, Saarland und Schleswig-Holstein wurde 2013 weniger Geld pro Student ausgegeben als zehn Jahre zuvor. Berücksichtigt man zudem die Kostensteigerungen in diesem Zeitraum, dann sanken die *realen* Hochschulausgaben (laufende Grundmittel pro Student in Preisen von 2004) in zwölf Bundesländern. Lediglich in Brandenburg, Bremen, Hamburg und Rheinland-Pfalz wurde auch kostenbereinigt 2013 mehr ausgegeben als 2004. In der Realwert-Berechnung sind die Ausgaben je Studierendem im Länderdurchschnitt seit 2004 um etwa 900 Euro (– 12 %) gesunken.

Zudem wären die nominellen Veränderungen der laufenden Grundmittel pro Student zwischen den Bezugsjahren 2004 und 2013 ohne die Bundesbeteiligung qua Hochschulpakt in zehn Ländern negativ und nur in sechs positiv ausgefallen. Mit dem Hochschulpakt entwickelte sich diese Größe zumindest in elf der 16 Bundesländer positiv.

Wie stellt sich das nun in der Betrachtung nach politischen Ländergruppen dar? Werden die nominalen Grundmittelentwicklungen zugrunde gelegt, so zeigt sich:

- In den unionsdominierten Ländern wurden die Ausgaben pro Student in fünf Ländern oberhalb des bundesweiten Mittelwerts von 547 Euro gesteigert und in vier Ländern unterdurchschnittlich gesteigert.
- Dagegen weisen hier vier der SPD-dominierten Länder überdurchschnittliche und zwei eine unterdurchschnittliche Entwicklung auf. (Übersichten 4 und 5)

*Übersicht 4: Entwicklung der laufenden Grundmittel der Hochschulen pro Student 2004–2013**

Ländergruppe	Quintil	Anzahl der Länder	Lfd. Grundmittelentwicklung pro Student in €
unionsdominierte Länder = 10	oberstes	1	3.286
	oberes	3	1.043
	mittleres	1	646
	unteres	3	180
	unterstes	2	-313
SPD-dominierte Länder = 6	oberstes	2	1.311
	oberes	0	
	mittleres	2	752
	unteres	0	
	unterstes	2	-1.171
16-Länder-Mittelwert			547

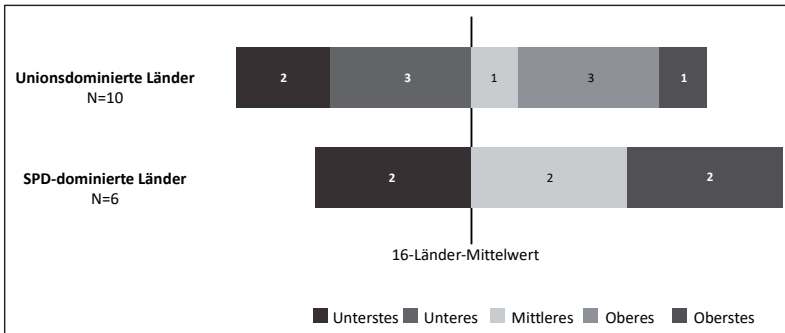
Quintile wurden zunächst für alle 16 Bundesländer berechnet. Die Zuordnung der Quintile nach Parteidominanz erfolgte dann im zweiten Schritt. Bei Gruppengrößen über Eins wurde das arithmetische Mittel der Grundmittelsteigerung pro Student gebildet.

Zugleich ist jedoch anzumerken, dass es eine Reihe von Ländern gibt, die zwar keine bedeutsame Steigerung oder aber ein Absinken der Ausgaben pro Student realisiert haben, die aber dennoch nach wie vor über dem Länderdurchschnitt liegen. Der Grund dafür ist das jeweilige hohe Ausgangsniveau. Diese Länder sind Baden-Württemberg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, das Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen, also: sechs unionsdominierte und ein SPD-dominiertes.

Zwischenfazit an diesem Punkt der Betrachtung:

- Erstens waren von den acht Ländern, die höhere Steigerungen der Grundmittel pro Student als der Länderdurchschnitt realisieren konnten, die Hälfte SPD-dominiert.

*Übersicht 5: Entwicklung der Hochschulfinanzierung pro Student – Aufteilung der Länder nach Parteidominanz in Quintilen**



* Die Quintile teilen die beiden Ländergruppen anhand von Schwellenwerten. Das mittlere Quintil enthält die Anzahl der Länder, deren Werte in der Mitte liegen. Aufgrund der starken Streuung innerhalb aller Länder liegt der Gesamtmittelwert unterhalb der mittleren Quintile beider Ländergruppen.

- Zweitens sind von den sieben Ländern, die 2013 unabhängig von zuvor realisierten Steigerungsraten über dem Durchschnitt der Länder bei den Grundmitteln pro Student liegen, sechs unionsdominiert und eines SPD-dominiert.
- Drittens waren die fünf Länder, in denen die Ausgaben pro Student stärker als im Bundestrend zurückgegangen sind, drei unionsdominiert (Baden-Württemberg, Saarland, Schleswig-Holstein) und zwei SPD-dominiert (Berlin, Nordrhein-Westfalen) – und damit jeweils ein Drittel der beiden Ländergruppen.

Eine Tendenz, wie sich hier nun die eine oder die andere politische Färbung der Landesregierungen auswirkt, lässt sich diesen disparaten Ergebnissen nicht ablesen.

3. Statistische Prüfung: Varianzanalyse

Um ein abgesicherteres Bild zu bekommen, kann man für die Gruppen der unions- bzw. SPD-dominierten Bundesländer jeweils eigene Mittelwerte bilden und diese mit dem Gesamtmittel für alle Länder vergleichen. Insgesamt betrug der Aufwuchs der Grundmittel, wie erwähnt, länderdurchschnittlich 29 Prozent. In den unionsdominierten Ländern waren es 34 und in den SPD-dominierten Ländern 24 Prozent. Das wirkt recht eindeutig zugunsten der unionsdominierten Länder. Allerdings sind beide Ländergruppen auch in jeweils sämtlichen Quintilen vertreten.

Bei der Entwicklung der laufenden Grundmittel pro Student 2004-2013 betrug das Mittel der SPD-dominierten Länder +297 Euro gegenüber einem Mittel mit +697 Euro in den unionsdominierten Ländern (bei einer bundesweiten durchschnittlichen Entwicklung von +547 Euro). Aber auch hier gilt wieder: Zugleich sind beide Ländergruppen über alle Quintile verteilt. Sowohl in rot als auch schwarz dominierten Ländern gibt es Ausreißer nach oben wie unten, etwa wenn man Berlin und Rheinland-Pfalz vergleicht (Rot) oder Sachsen mit Hamburg (Schwarz).

Diese gruppeninternen Varianzen werfen die Frage auf, ob hier eindeutige Tendenzaussagen zur Wirksamkeit politischer Färbungen von Landesregierungen zulässig sind oder ob einzelne Bundesländer den Gruppenmittelwert stark nach oben bzw. unten ziehen. Die Einzelwerte der unions- und der SPD-dominierten Bundesländer wurden deshalb einer Varianzanalyse unterzogen. Im Kern geht es dabei darum, eines festzustellen: Sind die Schwankungen der Einzelwerte um den Mittelwert *innerhalb* einer Gruppe hinreichend geringer als *zwischen* den Gruppen, d.h. gehören die Gruppenmittelwerte tatsächlich zwei unterscheidbaren Gruppen an?

Da die beiden Gruppen nicht aus Zufallsstichproben gebildet worden sind, reicht hierfür der sonst übliche Zweistichproben-t-Test nicht mehr aus, weil die dafür erforderliche gleiche Varianz der Gruppen nicht gewährleistet werden kann. Etwas robuster ist der Welch-Test, der ohne diese Annahme auskommt. Die für solche Prüfstatistiken zu treffende Nullhypothese ist, dass die Mittelwerte beider Gruppen gleich sind. Der Welch-Test ermittelt, ob sich die Mittelwerte der beiden Gruppen signifikant unterscheiden. Dies kann dann behauptet werden, wenn die Teststatistik hinreichend hoch ausfällt (für diesen Test über rd. 5). Damit wären die Unterschiede zwischen den Gruppen größer als innerhalb der Gruppen. Ist dies nicht der Fall, unterscheiden sich die errechneten Mittelwerte beider Ländergruppen statistisch gesehen nur zufallsbedingt. Fällt dagegen die Test-Statistik hoch genug aus, so kann ohne Risiko von einem signifikanten Unterschied der Mittelwerte ausgegangen werden, d.h. der parteipolitischen Zuordnung kann ein struktureller Einfluss auf das betrachtete Merkmal zugeschrieben werden.

Wird diese Prüfung für die Kennzahlen Grundmittelentwicklung sowie Grundmittelentwicklung pro Student durchgeführt, so kann solch ein Unterschied allerdings nicht bestätigt werden (Übersicht 6). Das heißt: Die Streuungen der Einzelwerte innerhalb der beiden Gruppen sind so hoch, dass die errechneten Mittelwerte beider Ländergruppen sich statistisch gesehen nur ‚zufällig‘ voneinander unterscheiden.

Auf diese Weise erklärt sich z.B. folgende Doppelbeobachtung: Einerseits betrug die durchschnittliche nominale Grundmittelsteigerung pro Student in den unionsdominierten Ländern 697 Euro, in den SPD-domi-

Übersicht 6: Nominale Hochschulfinanzierungsentwicklung mit statistischer Prüfung (2004–2013)

	Lfd. Grundmittelsteigerung in %	Lfd. Grundmittelsteigerung pro Student.in in €
16-Länder-Durchschnitt	29,2	547
Durchschnitt unionsdominierte Länder	34,2	697
Durchschnitt SPDdominierte Länder	24,2	297
Welch-Test (>5=signifikant)	0,808	0,472

nierten Ländern aber nur 297 Euro. Andererseits haben dennoch relativ mehr SPD-dominierte als unionsdominierte Länder (67 % bzw. 50 % der jeweiligen Gruppe) ihre Grundmittel pro Student oberhalb des Ländergesamtdurchschnitts von 547 Euro gesteigert. Der Gruppenmittelwert wird in den SPD-dominierten Ländern aber durch im Vergleich sehr starke Einbrüche in Berlin (-1.134 Euro) und NRW (-1.207 Euro) nach unten gezogen. Ohne diese beiden läge der Mittelwert der SPD-dominierten Länder hingegen bei 1.031 Euro nominalem Wachstum der Grundmittel je Student (statt bei 297 Euro).

Auch bei der Entwicklung der nominalen Hochschulfinanzierung (ohne Relation zur Studentenzahl) fallen die Unterschiede zwischen den Gruppenmittelwerten recht hoch aus. Hier ist dies durch die starke Erhöhung in Hamburg (+84 % von 2004 bis 2013) bedingt. Würde man dieses Land herausrechnen, betrüge der Mittelwert der unionsdominierten Länder lediglich 26 Prozent nominale Grundmittelsteigerung (statt 36 %).

Für die hier behandelte Fragestellung heißt das: Wenn die Ländergruppenunterschiede in der Hochschulfinanzierungsdynamik (gemessen über ein Jahrzehnt) und der Bedarfsfinanzierung im Hochschulsektor (gemessen in Euro pro Student) betrachtet werden, dann ergeben sich zwar im Vergleich der Mittelwerte der beiden Ländergruppen „unionsdominiert“ und „SPD-dominiert“ deutliche Unterschiede. Doch verschwinden diese, sobald eine statistische Prüfung durchgeführt wird: Ihr zufolge gibt es im betrachteten Zeitraum keine strukturell unterschiedlichen Hochschulfinanzierungsentwicklungen, die aus den politischen Färbungen der Landesregierungen erklärbar wären.

Der Hauptgrund für die Differenz zwischen Durchschnitts- und varianzanalytischem Vergleich ist, dass Ausreißer den Durchschnitt stark verzerren, sie in der statistischen Analyse hingegen eine wesentliche Ursache der Nichtsignifikanz der Ergebnisse sind.⁵

Betrachtet man aber nicht die *Entwicklung* des Jahrzehnts 2004–2013, sondern den absoluten Wert der Hochschulfinanzierung pro Student.in 2013, dann liegt Niedersachsen deutlich vorn und vier weitere Länder, die dicht beieinander liegen, folgen: Hamburg, Saarland, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Keines dieser Länder war im Zeitraum 2004 bis 2013 SPD-dominiert. In den Ranggruppenvergleichen spiegelt sich dies ebenso. Während in den unionsdominierten Ländern fünf überdurchschnittliche Hochschulausgaben pro Student.in aufwiesen, waren zwei Länder dieser Gruppe unterdurchschnittlich (Hessen und Sachsen). Dagegen schneidet ein SPD-dominiertes Land überdurchschnittlich ab (Mecklenburg-Vorpommern), die übrigen fünf unterdurchschnittlich. Dies zeigt sich auch in den Gruppenmittelwerten, die sich statistisch signifikant (Welch-Teststatistik bei 8,3) voneinander unterscheiden: In den unionsdominierten Ländern wurden 7.986 Euro pro Student.in ausgegeben, in den SPD-dominierten hingegen 6.892 Euro.

Nun ist die Hochschulfinanzierung aber auch in Kontexte eingeordnet. Diese zu ignorieren, kann zu verzerrten Interpretationen führen. Deshalb ist eine kontextualisierte Betrachtung vonnöten. Dazu im folgenden.

4. Hochschulfinanzierung im Verhältnis zur sozioökonomischen Situation

Die deutschen Bundesländer unterscheiden sich deutlich hinsichtlich ihrer Größe (Fläche und Einwohnerzahl), Wirtschaftskraft, Lagegunst, interner regionaler (Un-)Einheitlichkeit und historischer Entwicklung der Hochschulsysteme mit entsprechenden Strukturdifferenzen (insbesondere hinsichtlich der quantitativen Relationen von Universitäten – HAWs sowie von Natur-/Ingenieur- und Sozial-/Geisteswissenschaften). Um solche Unterschiede in die Bewertung einbeziehen zu können, lassen sich die Hochschulausstattungen vor allem ins Verhältnis zur wirtschaftlichen Leis-

⁵ Da aber Ausreißer als Teile beider Gruppen vorkommen, d.h. weder außergewöhnlich noch bei nur einer der zwei Ländergruppen anzutreffen sind, gibt es keinen Grund, sie nicht als Teil der empirischen Grundgesamtheit zu behandeln.

tungskraft der Länder, gemessen am BIP, und ihrer Größe, gemessen an der Einwohnerzahl, setzen.⁶

In dieser Betrachtung ergeben sich auch einige kontraintuitive Informationen (Übersicht 7):

■ Vier Länder weisen im *Verhältnis zu ihrem jeweiligen BIP* überdurchschnittliche Hochschulausgaben auf: Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Neben dem hoch verschuldeten Berlin sind das drei ostdeutsche Flächenländer. Diese setzen also im Verhältnis zu ihrer vergleichswisen wirtschaftlichen Leistungsschwäche einen Ausgabenschwerpunkt im Hochschulbereich. Die politische Prägung der Regierung scheint hier zunächst kein Faktor zu sein, da sowohl „unionsdominiert“ als auch „SPD-dominiert“ jeweils zweimal vertreten sind. Allerdings schneiden bei der Betrachtung der Hochschulausgaben nach Wirtschaftskraft insgesamt – also für alle 16 Länder – mehr SPD-dominierte Länder überdurchschnittlich als unterdurchschnittlich ab, während es bei unionsdominierten Ländern genau umgekehrt ist. Letztlich ergibt sich bei den Mittelwerten der beiden Gruppen indes kein statistisch signifikanter Unterschied, d.h. die nominelle Differenz der errechneten Mittelwerte für SPD-dominierte bzw. unionsdominierte Länder ist auch hier nach Welch-Test nur zufällig verschieden.

■ Dagegen sind die *Hochschulausgaben (lfd. Grundmittel) pro Einwohner* noch einmal anders verteilt: Hier geben die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg am meisten aus. Am unteren Ende liegen bei diesem Vergleich Brandenburg,⁷ Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen. Die politische Prägung der Regierungen scheint hier insofern relevant, da insgesamt mehr SPD-dominierte Länder überdurchschnittlich als unterdurchschnittlich abschneiden und bei den unionsdominierten Ländern die Verteilung anders herum ist. Doch auch hier ergibt sich kein statistisch signifikanter Unterschied bei den Mittelwerten der beiden Gruppen; deren Differenz ist statistisch betrachtet rein zufällig.

⁶ Um weitere der o.g. Differenzen zwischen den Ländern einzubeziehen, ließen sich z.B. die Anteile der Hochschulausgaben an den Gesamthaushalten der Länder oder die Relationen von Ausgaben für Lehre und für Forschung – und hier wiederum die Entwicklungen auf der Zeitachse – betrachten. Wir belassen es hier bei den beiden zentralen Indikatoren „wirtschaftliche Leistungskraft“ und „Landesgröße“ wesentlich aus Gründen der Übersichtlichkeit.

⁷ was jedoch nicht daran liegt, dass es keine eigene Hochschulmedizin hat. Auch wenn man eine Betrachtung ohne die Ausgaben der Länder für Hochschulmedizin anstellt, ist Brandenburg weit unterdurchschnittlich.

Übersicht 7: Länderquintile nach sozioökonomischer Situation und Ausgaben pro Student.in (2013)

Ländergruppen	Quintil	Indikatoren und Kennziffern (Grundlage: lfd. Grundmittel, Zahlenwerte: Anzahl der Länder)							
		Relation wirtschaftl. Leistungsfähigkeit : Hochschulfinanzierung		Relation Landesgröße : Hochschulsystem		Relation Aufwand : Anforderungen			
		Anteil Hochschulfinanzierung am Landes-BIP in %	Relation Studierende : Bevölkerung	Hochschulfinanzierung pro Kopf der Bevölkerung	nominale Hochschulfinanzierung pro Student				
unionsdominierte Länder = 10	Oberstes	1	=3	1	=3	1	=3	3	=5
	Oberes	2		2		2		2	
	Mittleres	1	=1	2	=2	2	=2	3	=3
	Unteres	3	=6	2	=5	3	=5	2	=2
SPD-dominierte Länder = 6	Oberstes	2	=3	2	=3	2	=3		=1
	Oberes	1		1		1		1	
	Mittleres	2	=2	1	=1	1	=1		
	Unteres		=1	1	=2		=2	1	=5
Länder-Ø		0,70		30		225		7.576	
unionsdominiert-Ø		0,67		28		219		7.986	
SPD-dominiert-Ø		0,74		34		233		6.892	
Welch-Test (>5=signifikant)		1,044		1,574		0,171		8,293	

Übersicht 8: Laufende Grundmittel pro Kopf der Bevölkerung: über- und unterdurchschnittliche Länder (2013)

Ländergruppen	Position ggü. Länder-Ø	Stadtstaaten	Flächenländer
unionsdominierte Länder	darüber	Hamburg	Baden-Württemberg Hessen
	darunter		Bayern Thüringen Schleswig-Holstein
SPD-dominierte Länder	darüber	Berlin Bremen	NRW
	darunter		Brandenburg Mecklenburg-Vorpommern

Setzt man die Hochschulfinanzierung pro Kopf der Bevölkerung und den Anteil der Hochschulaufwendungen am Bruttoinlandsprodukt ins Ver-

hältnis zur wirtschaftlichen Potenz der Länder, gemessen am BIP, so lassen sich Kontraste feststellen:

- Die Stadtstaaten sind wirtschafts**stark** (Hamburg) bzw. wirtschaftlich eher schwach (Berlin, Bremen), aber alle drei sind pro-kopf-bezogen deutlich überdurchschnittlich bei ihren Hochschulausgaben.
- Die süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg sind überdurchschnittlich wirtschafts**stark** und realisieren leicht unterdurchschnittliche (Baden-Württemberg) bzw. deutlich unterdurchschnittliche (Bayern) Hochschulausgaben, gemessen an ihrer Einwohnerzahl und dem Hochschulausgabenanteil am BIP.

Parteilpolitisch ist das aber kaum zuzurechnen, da diesbezüglich auch die zwischen diesen Kontrastfällen liegenden Länder kein Muster aufweisen.

5. Fazit und Diskussion

Aus unseren Berechnungen lassen sich vor allem drei Aspekte hervorheben:

- In den Dynamiken der Hochschulfinanzierung im Zehnjahreszeitraum unterschieden sich die beiden Gruppen „unionsdominiert“ und „SPD-dominiert“ kaum.
- In Relation zu sozioökonomischen Merkmalen ließen sich strukturelle Unterschiede nach politischer Färbung der Regierung nicht eindeutig feststellen – die Ergebnisse sind uneindeutig.
- Hingegen bestehen bei statistischer Betrachtung der Situation im Jahr 2013 strukturelle Unterschiede nach Parteienfärbung im Hinblick auf die Ausstattung pro Student.in.

Die Einbeziehung sozioökonomischer Merkmale zeigt, dass die Größe und Wirtschaftskraft der einzelnen Bundesländer keine zuverlässigen Determinanten zur Erklärung der Unterschiede in den Finanzierungen der Landeshochschulsysteme sind:

- Vier Länder münzen ihre wirtschaftliche Leistungsstärke, die über dem Bundesdurchschnitt liegt, nicht in eine *entsprechend* überdurchschnittliche Hochschulfinanzierung um (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen).
- Sieben Länder setzen bei der Hochschulfinanzierung insofern einen Ausgabenschwerpunkt, als sie bei den Hochschulausgaben in einer höheren Ranggruppe angesiedelt sind, als dies ihre wirtschaftliche

Leistungskraft erwarten lassen würde (Berlin, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen).

- In fünf Bundesländern entspricht deren wirtschaftliche Leistungsstärke ihrer relativen Position bei der Hochschulfinanzierung (Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein).

Das heißt, in einem Drittel aller Länder entspricht deren Hochschulfinanzierung in etwa dem Erwartungswert, zu dem man gelangt, wenn die wirtschaftliche Leistungskraft als zentrale Bedingung der Hochschulausstattungen unterstellt wird – während zwei Drittel aller Länder in dieser Hinsicht entweder negativ oder positiv vom Erwartungswert abweichen.

Übertragen auf die parteipolitischen Zusammensetzungen der Landesregierungen stellt sich das so dar:

- Die Länder, die ihre überdurchschnittliche wirtschaftliche Leistungsstärke nicht in eine *entsprechend* überdurchschnittliche Hochschulfinanzierung ummünzen, waren drei unionsdominierte und ein SPD-dominiertes.
- Unter den fünf Bundesländern, deren Position bei der Hochschulfinanzierung ihrer wirtschaftlichen Leistungsstärke entspricht, waren drei unionsdominierte und zwei SPD-dominierte.
- Von den sieben Ländern, deren Hochschulfinanzierung höher ist, als dies ihre wirtschaftliche Leistungskraft erwarten ließe, waren vier unionsdominiert und drei SPD-dominiert.

Da in dem von uns betrachteten Jahrzehnt zehn Länder unionsdominiert und sechs Länder SPD-dominiert waren, müssen für eine angemessene Bewertung die Gruppengrößen berücksichtigt werden. Dazu können die absoluten Häufigkeiten der Länder in Prozentwerte übertragen werden (Übersicht 9). Es ergibt sich:

- Die Hälfte der SPD-dominierten Länder liegt oberhalb des Gesamtdurchschnitts aller Länder für die Kennzahlen Anteil Hochschulfinanzierung am Landes-BIP, Relation Studierende zu Bevölkerung und Hochschulfinanzierung pro Kopf der Bevölkerung. Bei der nominalen Hochschulfinanzierung pro Student.in sind es hingegen nur 17 Prozent der SPD-dominierten Länder.
- Dagegen ist zwar die Hälfte die unionsdominierten Länder überdurchschnittlich in Bezug auf die nominale Hochschulfinanzierung pro Student. Gemessen am Anteil der Hochschulfinanzierung am Landes-

BIP, der Relation Studierende zu Bevölkerung und der Hochschulfinanzierung pro Kopf der Bevölkerung liegen aber nur 30 Prozent der unionsdominierten Länder oberhalb des Durchschnitts aller Bundesländer.

Übersicht 9: Anteile der Länder an Ranggruppen für Kennzahlen zu sozioökonomischer Situation und Hochschulfinanzierung (2013)

Ländergruppen	Position ggü. Länder-Ø	Anteil Hochschulfinanzierung am Landes-BIP	Relation Studierende : Bevölkerung	Hochschulfinanzierung pro Kopf der Bevölkerung	Hochschulfinanzierung pro Student
unionsdominierte Länder = 10	darüber	30 %	30 %	30 %	50 %
	darin	10 %	20 %	20 %	30 %
	darunter	60 %	50 %	50 %	20 %
SPD-dominierte Länder = 6	darüber	50 %	50 %	50 %	17 %
	darin	33 %	17 %	17 %	0 %
	darunter	17 %	33 %	33 %	83 %

In dieser Betrachtung lässt sich sagen: Die Hochschulfinanzierung in unionsdominierten Ländern ist weniger an der Bevölkerungsgröße und dem Wohlstand orientiert, sondern an der Größe des Hochschulsystems, während es bei SPD-dominierten Ländern anders herum ist. Die Deutungen dessen können verschieden ausfallen:

- So ließe sich aus der im Vergleich hohen Relation von Studierenden und Bevölkerungszahl, wie sie in anteilig mehr SPD-dominierten als unionsdominierten Ländern besteht, schließen, dass dort ein großes Studienplatzangebot eine höhere Priorität genießt als die Finanzierung des je einzelnen Studienplatzes. Anders gesagt: Wenn, wie in den unionsdominierten Ländern, das Studienplatzangebot im Verhältnis zur Bevölkerungszahl tendenziell geringer ist, dann ist es dort auch leichter, höhere Ausgaben pro Student.in zu realisieren.
- Es ließe sich aber auch argumentieren, dass ein Großteil der SPD-dominierten Länder entweder ökonomisch zu schwach oder aber nicht willens ist, die Hochschulen entsprechend der Nachfrage auszustatten.

Übersicht 10: Hochschulkapazitäten und Hochschulfinanzierung (2013)

Ländergruppen	Position ggü. Länder-Ø	Relation Studierende : Bevölkerung	Hochschulfinanzierung pro Student
unionsdominierte Länder = 10	darüber	30 %	50 %
	darunter	50 %	20 %
SPD-dominierte Länder = 6	darüber	50 %	17 %
	darunter	33 %	83 %

Die zentrale Eingangsfrage war, ob es relevant für die Hochschulfinanzierung ist, wer ein Bundesland regiert. Die Prüfung ergibt: manchmal, aber nicht systematisch. Es scheinen also andere Ursachen durchschlagskräftiger für die Hochschulfinanzierungen in den Ländern zu sein. Zu drei solcher möglichen Ursachen enthält unser Text orientierende Hinweise:

- *Stadtstaaten/Flächenländer*: Pro Einwohner wenden von allen 16 Bundesländern die drei Stadtstaaten (Berlin, Bremen, Hamburg) am meisten für ihre Hochschulen auf.
- *Ost-West*: Die vier Länder, die im Verhältnis zu ihrem jeweiligen BIP überdurchschnittliche Hochschulausgaben aufweisen, sind sämtlich ostdeutsche Länder (Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Thüringen). Zwar heißt das nicht, dass es dort sehr komfortable Hochschulfinanzierungen gäbe, aber es heißt, dass dort im Verhältnis zur vergleichsweisen wirtschaftlichen Leistungsschwäche Ausgaben-schwerpunkte im Hochschulbereich gesetzt werden.
- *Ausgangsniveau*: Eine Reihe von Ländern hat zwar 2004–2013 keine bedeutsame Steigerung (oder aber ein Absinken) der Ausgaben pro Student.in realisiert, liegt aber dennoch nach wie vor über dem Länderdurchschnitt. Der Grund dafür ist das jeweilige hohe Ausgangsniveau bei den Ausgaben pro Student.

Bei den beiden explizit geprüften Indikatoren „wirtschaftliche Leistungskraft“ und „Landesgröße“ lassen sich hingegen auch unabhängig von der politischen Prägung der Landesregierungen keine eindeutigen Zusammenhänge zur Hochschulfinanzierung herstellen:

- Die *wirtschaftliche Potenz* eines Landes, gemessen am BIP, setzt sich nicht unmittelbar in Hochschulfinanzierungsanstrengungen um. Ökonomisch eher schwache Länder realisieren fallweise niedrige, mittlere und hohe Hochschulausgaben, ebenso wie sich alle drei Fälle auch bei wirtschaftlich stärkeren Ländern finden.

- Werden die laufenden *Grundmittel pro Kopf der Bevölkerung* in den Blick genommen, so finden sich einige der großen Flächenländer bei den ausgabestarken Ländern (Baden-Württemberg, Hessen, NRW); Niedersachsen bewegt sich im Durchschnitt, während Bayern unterdurchschnittlich abschneidet.

Nimmt man all dies zusammen, wird deutlich: Es ist immer eine Faktorenkombination, welche die aktuell gegebene Hochschulfinanzierung bestimmt und erklärt. Dabei kann die parteipolitische Färbung einer Landesregierung einer dieser Faktoren sein, aber als Prädiktor für die künftige Entwicklung der Hochschulfinanzierung lässt sie sich nicht systematisch, sondern allenfalls im Einzelfall nutzen.

Literatur

- Baumgarth, Benjamin/Justus Henke/Peer Pasternack (2016): Inventur der Finanzierung des Hochschulsystems. Mittelvolumina und Mittelflüsse im deutschen Hochschulsystem, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2016, auch unter http://www.boeckler.de/pdf/p_studfoe_wp_1_2016.pdf (16.1.2017).
- Henke, Justus/Peer Pasternack (2017): Rot oder schwarz: Was ist besser für die Hochschulfinanzierung?, in: Science Finance 1/2017, S. 16-20; auch unter www.acatech.de/fileadmin/user_upload/Baumstruktur_nach_Website/Acatech/root/de/Publicationen/Kooperationspublikationen/acatech_Science_Finance_Ausgabe_1_17_web.pdf (12.11.2017).

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben von Peer Pasternack
für das Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Redaktion: Daniel Hechler

Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg, Collegienstraße 62, D-06886 Wittenberg

<https://www.diehochschule.de>

Kontakt Redaktion: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Konakt Vertrieb: Tel. 03491/466 254, Fax: 03491/466 255, eMail: institut@hof.uni-halle.de

ISSN 1618-9671, ISBN 978-3-937573-63-2

Die Zeitschrift „die hochschule“ versteht sich als Ort für Debatten aller Fragen der Hochschulforschung sowie angrenzender Themen aus der Wissenschafts- und Bildungsforschung. Als Beihefte der „hochschule“ erscheinen die „HoF-Handreichungen“, die sich dem Transfer hochschulforscherischen Wissens vor allem in die Praxis der Hochschulentwicklung widmen.

Artikelmanuskripte werden elektronisch per eMail-Attachment erbeten. Ihr Umfang soll 25.000 Zeichen nicht überschreiten. Inhaltlich ist „die hochschule“ vorrangig an Beiträgen interessiert, die Themen jenseits des Mainstreams oder Mainstream-Themen in unorthodoxen Perspektiven behandeln. Eingereicht werden können sozial- und geschichtswissenschaftliche Texte, die (a) auf empirischer Basis ein nachvollziehbar formuliertes Problem aufklären oder/und (b) eine theoretische Perspektive entfalten oder/und (c) zeitdiagnostisch angelegt sind, ohne reiner Meinungsartikel zu sein. Für Rezensionen beträgt der Maximalumfang 7.500 Zeichen. Weitere Autoren- und Rezensionshinweise finden sich auf der Homepage der Zeitschrift: www.diehochschule.de >> Redaktion.

Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), 1996 gegründet, ist ein An-Institut der Martin-Luther-Universität (www.hof.uni-halle.de). Es hat seinen Sitz in der Stiftung Leucorea Wittenberg und wird geleitet von Peer Pasternack.

Als Beilage zu „die hochschule“ erscheint der „HoF-Berichterstatte“ mit aktuellen Nachrichten aus dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg. Daneben publiziert das Institut die „HoF-Arbeitsberichte“ (https://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof_arbeitsberichte.htm) und die Schriftenreihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“ beim BWV Berliner Wissenschafts-Verlag. Ein quartalsweise erscheinender eMail-Newsletter kann abonniert werden unter <https://lists.uni-halle.de/mailman/listinfo/hofnews>

Arbeit an den Grenzen

Internes und externes Schnittstellenmanagement an Hochschulen

Daniel Hechler, Peer Pasternack:

Schnittstellenmanagement an Hochschulen7

Markus Drüding:

Jubiläumssieber und Jubiläumitis?

Fragen zur Jubiläumsbegeisterung deutscher Universitäten.....23

Olaf Eigenbrodt:

Räumliche Lernarrangements in Hochschulen.

Eine sozialkonstruktivistische Erörterung35

Christian Nille:

Hochschulforschung und historische Bildwissenschaft.

Potenziale einer bislang unerprobten Zusammenarbeit46

Felix Maximilian Bathon:

Die Praxis der informalen Stellenvergabe in der Wissenschaft

als brauchbare Illegalität67

Ulf Banscheraus:

Wissenschaft und Verwaltung an Hochschulen:

Ein spannungsreicher Antagonismus im Wandel87

Julia Reuter, Oliver Berli:

Wissenschaft im (Un)Ruhestand. Wie ProfessorInnen das

altersbedingte Ausscheiden aus der Universität meistern.....101

Cornelia Driesen:

Strategien für den Übergang Schule-Hochschule an Hochschulen.

Eine empirische Studie zur Sicht deutscher Hochschulleitungen.....112

Katrin Girgensohn:

Das Konzept der Institutionalisierungsarbeit. Ein neuer Blick
auf Governance an Hochschulen am Beispiel der

Institutionalisierungsarbeit von Schreibzentren125

Christian Decker, Anna Mucha, Michael Gille:
Organisationale Diversitätsrendite und individuelle Heterogenitätskosten.
Internationalisation-at-Home in einem international ausgerichteten
Studiengang.....138

Manuel Pietzonka:
Umgang mit sozialer Vielfalt. Die DiKo-Skala zur Messung
von Diversity-Kompetenz und ihr Einsatz in Hochschulen.....147

Alfred Ruppert:
„Ranking-Racehorse“-Strategie und „Reaktivitäts-Index“.
Wie Rankings auf das Innere einer Universität wirken165

GESCHICHTE

Ulrich Teichler:
Der studentische Protest der 1960er Jahre und die Entstehung der
Hochschulforschung in der Bundesrepublik Deutschland.....179

Herbert Wöltge:
Die unordentliche Präsidentenwahl von 1990. Notizen zu einem
ungewöhnlichen Akademieereignis aus der Endzeit der DDR.....204

FORUM

Justus Henke, Peer Pasternack:
Kein systematischer Zusammenhang. Politische Zusammensetzungen
der Landesregierungen und die Finanzausstattung der Hochschulen219

Gerd Grözinger:
Die Internationalität der deutschen Professorenschaft.....236

PUBLIKATIONEN

Peer Pasternack, Daniel Hechler, Norman Richter:
Bibliografie: Wissenschaft & Hochschulen
in Ostdeutschland seit 1945.....245

Autorinnen & Autoren.....269

Autorinnen & Autoren

Ulf Banscherus, Dr., Leiter der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt in der Zentraleinrichtung Wissenschaftliche Weiterbildung und Kooperation (ZEWK) der Technischen Universität Berlin. eMail: ulf.banscherus@tu-berlin.de

Felix Maximilian Bathon B.A., Student der Soziologie an der Universität Bielefeld und Wissenschaftliche Hilfskraft an der Fakultät für Soziologie. eMail: felix.bathon@uni-bielefeld.de

Oliver Berli, Dr. phil., wissenschaftlicher Mitarbeiter am Department für Erziehungs- und Sozialwissenschaften der Universität Köln. eMail: oberli@uni-koeln.de

Christian Decker, Prof. Dr., Professur für Internationale Betriebswirtschaftslehre mit den Lehrschwerpunkten Internationale Finanzierung und Unternehmensfinanzierung am Department Wirtschaft der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg. eMail: christian.decker@haw-hamburg.de

Cornelia Driesen M.A., wissenschaftliche Mitarbeiterin im Drittmittelprojekt „Strategien und Organisationsstrukturen am Übergang Schule-Hochschule deutscher Hochschulen“ an der Technischen Universität Berlin. eMail: driesen@campus.tu-berlin.de

Markus Drüding, Dr. phil, zuletzt wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Didaktik der Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der historischen Lehr-Lernforschung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, jetzt Lehrer. eMail: m_drue02@uni-muenster.de

Olaf Eigenbrodt M.A., Leiter der Hauptabteilung Benutzungsdienste, Vertreter der Fachaufsicht und Baubeauftragter an der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky, Lehrbeauftragter im Bereich Fernstudium am Institut für Bibliotheks- und Informationswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin sowie an der Bibliotheksakademie Bayern. eMail: olaf.eigenbrodt@sub.uni-hamburg.de

Astrid Frankze, Dr. phil, Privatdozentin am Institut für Erziehungswissenschaft, Abteilung Allgemeine Erziehungswissenschaft. eMail: franzke@em.uni-frankfurt.de

Michael Gille, Prof. Dr., Professor für Wirtschaftsrecht am Department Wirtschaft der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg. eMail: michael.gille@haw-hamburg.de

Katrin Girgensohn, Dr. phil. habil, Hochschulforscherin mit Schwerpunkt Lehr- und Lernforschung, Europa-Universität Viadrina, Leiterin Zentrum für Schlüsselkompetenzen und Forschendes Lernen. eMail: girgensohn@europa-uni.de

Gerd Grözing, Prof. Dr., Professur für Bildungs- und Sozialökonomik, Mitglied des Internationalen Instituts für Management und ökonomische Bildung an der Europa-Universität Flensburg. eMail: groezing@uni-flensburg.de

Daniel Hechler M.A., Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

Justus Henke, Mag. rer. soc. oec., Volkswirt, seit 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung (HoF). eMail: justus.henke@hof.uni-halle.de

Anna Mucha, Dr. phil., wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg. eMail: anna.mucha@wiso.uni-hamburg.de

Christian Nille, Dr. phil., Kunsthistoriker mit Schwerpunkt der Geschichte und Theorie der Kunstgeschichte. eMail: nille@uni-mainz.de

Peer Pasternack, Prof. Dr., Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; www.peer-pasternack.de

Manuel Pietzonka, Prof. Dr., Professor für Wirtschaftspsychologie an der FOM Hochschule Hannover und seit 2014 selbstständiger Hochschulberater. eMail: manuel.pietzonka@fom.de; www.akkreditierungslotse.de

Julia Reuter, Prof. Dr., Professur Erziehungs- und Kulturosoziologie am Department für Erziehungs- und Sozialwissenschaften der Universität Köln. eMail: j.reuter@uni-koeln.de

Norman Richter B.A., Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). eMail: norman.richter@hof.uni-halle.de

Alfred Ruppert, Dr. rer. soc., Fachgebiet: Organisationssoziologie und Soziologie der Quantifizierung; letzte Wirkungsstätte: Universität Bern. eMail: alfred.ruppert@gmail.com

Ulrich Teichler, Prof. Dr., Hochschulforscher, 1978 bis 2013 Professor an der Universität Kassel und langjährig Direktor des Internationalen Zentrums für Hochschulforschung (INCHER-Kassel). eMail: teichler@incher.uni-kassel.de

Herbert Wöltge, Dr. rer. pol., Wissenschaftsjournalist, langjähriger Leiter der Presseabteilung der Akademie der Wissenschaften der DDR und Gründungsmitglied der Leibniz-Sozietät. eMail: hwoeltge.leibniz@gmx.de